

99088017006000

Schule - Genehmigung von Ersatzschulen beantragen

Heruntergeladen am 27.06.2025

https://fimportal.de/xzufi-services/L100108_350483/L100108

Modul	Sachverhalt
Leistungsschlüssel	99088017006000
Leistungsbezeichnung I	Schule - Genehmigung von Ersatzschulen beantragen
Leistungsbezeichnung II	Schule - Genehmigung von Ersatzschulen beantragen
Typisierung	2/3 - Bund: Regelung (2 oder 3), Land/Kommune: Vollzug
Quellredaktion	Berlin
Freigabestatus Katalog	unbestimmter Freigabestatus
Freigabestatus Bibliothek	unbestimmter Freigabestatus
Begriffe im Kontext	Ersatzschule, Schule in freier Trägerschaft, Privatschule, Gründung, allgemeinbildende Schule, berufliche Schule, Schule
Leistungstyp	
Leistungsgruppierung	
Verrichtungskennung	
SDG-Informationsbereich	Informationsbereiche im Zusammenhang mit Bürgern
Lagen Portalverbund	

Modul	Sachverhalt
Einheitlicher Ansprechpartner	
Fachlich freigegeben am	
Fachlich freigegeben durch	
Handlungsgrundlage	• Schulgesetz für das Land Berlin (Schulgesetz - SchulG) § 98 • Verwaltungsgebührenordnung (VGebO) Gebührenverzeichnis Tarifstelle 4851 • Rechtsvorschriften und Verordnungen für Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen)
Teaser	
Volltext	Ersatzschulen können allgemeinbildende oder berufliche Schulen in freier Trägerschaft sein, die den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in öffentlicher Trägerschaft entsprechen.
Erforderliche Unterlagen	• Antrag auf Genehmigung als Ersatzschule nach § 98 Schulgesetz für das Land Berlin Bitte stellen Sie einen formlosen schriftlichen Antrag. • Schriftliche Mitteilung der persönlichen Daten des Schulträgers • Schriftliche Mitteilung der persönlichen Daten der Vertretungsberechtigten • Eignung Träger bzw. Vertretungsberechtigte Schriftliche Angaben darüber, inwiefern bei dem Träger bzw. den Vertretungsberechtigten die Eignung zur verantwortlichen Führung einer Schule als gegeben angesehen wird (z.B. Erfahrungen beim Aufbau von Kindertagesstätten, pädagogische, schulrechtliche, organisatorische Kenntnisse, kaufmännische/buchhalterische Kenntnisse) • Nachweis über die fachliche Eignung (Lebenslauf) • Erweitertes Führungszeugnis nach § 30 Abs. 5 Bundeszentralregistergesetz Nachweis zur Zuverlässigkeit • Auszug aus dem Vereinsregister / Handelsregister • Gesellschaftsvertrag / Satzung des Vereins / der GmbH • Nachweis der Gemeinnützigkeit Freistellungsbescheid vom Finanzamt

Modul

Sachverhalt

• Pädagogische Konzeption explizite Darstellung der Bezugsnorm für die Lernarbeit, insbesondere das obligatorische Fächergefüge, zentrale Themen und die zu erwartenden fachbezogenen und fächerübergreifenden Kompetenzen, mit Bezug auf die Frage, inwieweit die für die entsprechende öffentliche Schule geltenden Regelungen angewendet werden sollen und wo Abweichungen vorgesehen sind

Darstellung der Betreuungsform im Konzept

Darstellung besonderer pädagogischer Schwerpunkte (Curriculum oder Lehrplan)

Angaben zur Stundentafel und Stundenverteilung / Wochenstundenplan

Angaben zu Rahmenlehrplänen, Lerndokumentation und Leistungsbewertung

Angaben zur Unterrichtsorganisation

Angaben zur Ferienregelung

Angaben zu Lehr- und Lernmitteln

Angaben zum vorgesehenen Aufbau der Schule, mit wie vielen und welchen Klassenstufen begonnen werden soll sowie eine Übersicht über die vorgesehene Anzahl der Schülerinnen und Schüler

Mitteilung ob Ganztagsbetrieb geplant ist, wenn ja in welcher Form (offene oder gebundene Ganztagschule)

Hinweise auf Abweichungen von amtlichen bzw. eingereichten Unterlagen (z.B. beim Curriculum)

Muster der geplanten Zeugnisvordrucke

Bei Grundschulen: Darlegung des besonderen pädagogischen Interesses und dass eine öffentliche Schule dieser Art in zumutbarer Entfernung nicht besteht

Ggf. Darstellung der Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule

Zusätzlich bei beruflichen Schulen: Falls die für den jeweiligen öffentlichen Bildungsgang erlassene Ausbildungs- und Prüfungsordnung (z.B. APO-BFS) Grundlage des beantragten Bildungsgangs sein soll, ist dies im Antrag unter Nennung der jeweiligen Verordnung zu bestätigen.

Wenn Abweichungen organisatorischer oder inhaltlicher Art geplant sind, ist dazu eine ausführliche Konzeption vorzulegen, in dem die Abweichungen erläutert werden.

Nennung der Anzahl der Klassen und Frequenzen aller Bildungsgänge

Nennung der allgemeinen Eingangsvoraussetzungen im Bildungsgang

Genehmigungen IHK (3-jährige OBF und OB)

Angabe über Qualitätssiegel / Audits / Zertifikate

Angaben zu Fördermaßnahmen bzw. Zusatz-

Modul

Sachverhalt

und Förderangeboteliste der Praktikumsbetriebe und Praktikumskonzept für den geprüften Bildungsgang Dies gilt auch, falls beabsichtigt ist Schülerinnen und Schüler in einzelnen Fächern bildungsgangübergreifend gemeinsam zu unterrichten. Es ist darzustellen, dass die Schule im Rahmen der pädagogischen Umsetzung dieses Konzeptes in der Lage ist, die Schüler mit den Kompetenzen auszustatten, die am Ende der jeweiligen Bildungsgänge zum Erwerb der Abschlussqualifikation erforderlich sind. Ob die jeweilige Schule (z.B. im Hinblick auf die personelle und räumliche Ausstattung) tatsächlich auch in der Lage ist, dieses Konzept erfolgreich umzusetzen, erfordert eine schulaufsichtliche Bewertung des Einzelfalls. Liste der Teilnehmer/-innen mit Nachweis über Einhaltung der Aufnahmevoraussetzungen. Wenn im Rahmen der Ausbildung ein außerschulisches Praktikum vorgesehen ist, Auflistung der Einrichtungen, die Praktikumsplätze anbieten. Bei Bildungsgängen im dualen System (Berufsschule): Zu den Voraussetzungen für die Einrichtung einer privaten Berufsschule gehört auch der Nachweis, dass sich die Schülerinnen und Schüler in einem Ausbildungsverhältnis nach dem Berufsbildungsgesetz (BbiG) befinden. Es ist durch Kopien von vertraglichen Vereinbarungen nachzuweisen, dass Ausbildungsbetriebe Ausbildungsverträge nach dem BbiG schließen werden. Die mit den Auszubildenden abzuschließenden Ausbildungsverträge sind bei der IHK in die Ausbildungsrolle einzutragen. Der entsprechende Nachweis darüber ist spätestens nach Aufnahme des Schulbetriebes zu erbringen und wird Auflage einer möglichen Genehmigung werden.

- Unterlagen Lehrkräfte bzw. Vertragsmodalitäten Lehrerliste mit Zuordnung zu den Fächern der Stundentafel Organigramm / Liste sonstiges Personal (z.B. Verwaltungsleitung) Nachweis darüber, dass Schulleitung, Lehrkräfte und Aufsicht für die Schülerinnen und Schüler den rechtlichen Vorgaben sowohl qualitativ als auch der Anzahl nach genügen Konzept für Vertretungsregelungen Gehaltsordnung bzw. Darstellung der Bezahlung der Lehrkräfte Kopie des Musterarbeitsvertrages und Gehaltstabelle sowie

Modul

Sachverhalt

schriftliche Bestätigung des Trägers, dass Arbeitsverträge dementsprechend geschlossen werdenBei geringfügiger Beschäftigung ist der Muster-Honorarvertrag einzureichenBenennung der Schulleiterin/ des Schulleiters und entsprechende Nachweise zur Eignung (aktueller Lebenslauf, erweitertes Führungszeugnis, Kopien der Diplom-/ Master-/ Ernennungs- oder anderer Urkunden mit dem jeweils dazugehörigen Prüfungszeugnis und/oder weitere Qualifizierungsnachweise, Arbeitszeugnisse)Antrag auf Erteilung einer Unterrichtsgenehmigung für jede LehrkraftFür jede Lehrkraft einen aktuellen Lebenslauf (ohne zeitliche Lücken)Nachweis der wissenschaftlichen Ausbildung und Prüfung oder Nachweis über vergleichbare freie Leistungen (Kopien der Diplom-/ Master-/ Ernennungs- oder anderer Urkunden mit dem jeweils dazugehörigen Prüfungszeugnis und/oder weitere Qualifizierungsnachweise, Arbeitszeugnisse)Bei Lehrkräften nicht deutscher Herkunft / ohne deutsche Muttersprache, die deutschsprachigen Unterricht erteilen sollen, ist ein Nachweis über die Kenntnisse der deutschen Sprache einzureichen, mindestens auf dem Niveau der Stufe C 1 des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens (z.B. Zertifikat des Goethe-Instituts)Kopie des erweiterten Führungszeugnisses oder schriftliche Bestätigung des Trägers, dass das erweiterte Führungszeugnis vom (Datum) ohne Eintrag, bei Neueinstellung nicht älter als sechs Monate, vorgelegen hatKopie des Arbeitsvertrages und der Gehaltstabelle sowie schriftliche Bestätigung des Trägers, dass Arbeitsverträge dementsprechend geschlossen werdenBei geringfügiger Beschäftigung ist der Honorarvertrag in Kopie einzureichen

- Schulgebäude / SchulgrundstückStandort der Schule (Adresse)Mietvertrag / EigentumsnachweisLageplan / Grundriss zum Schulgebäude und zu den Außenflächen (Anzahl der Klassen- und Pausenräume, Cafeteria, Sozialräume, Medienangebot / technische Ausstattung etc.)Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen bezirklichen Bauamtes (Bau- und Brandschutz)Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen bezirklichen Gesundheitsamtes (Hygiene)Aussage zur Sportanlagenutzung (z.B.

Modul	Sachverhalt
	Turnhalle oder entsprechende Verträge)Schul- und /oder HausordnungAngaben zur Finanzierung der Schule in der Aufbauphase • Angaben zur SchülerschaftDarstellung der Mitwirkungsrechte der Schülerinnen und Schüler sowie Erziehungsberechtigten (Schulverfassung, §§ 67 bis 93 SchulG)Angaben zur Finanzierung der Schule in der AufbauphaseMuster des geplanten Schul- / AusbildungsvertragesSchulgeldregelung (Nachweis zur Einhaltung des Sonderungsverbots)Liste der angemeldeten Schülerinnen und Schüler / Klassenliste (Herkunft, Alter, Eingangsvoraussetzung)
Voraussetzungen	• BeratungWenn Sie eine Ersatzschule gründen möchten, lassen Sie sich bitte bei der für Bildung zuständigen Senatsverwaltung beraten. • Genehmigung eines GanztagsschulkonzeptsGliederungshilfe zur Genehmigung eines Ganztagsschulkonzepts von Schulen in freier Trägerschaft
Kosten	• 500,00-1.500,00 Euro je nach Aufwand
Verfahrensablauf	
Bearbeitungsdauer	
Frist	
weiterführende Informationen	• Schulen in freier Trägerschaft (Informationen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie)
Hinweise	
Rechtsbehelf	
Kurztext	
Ansprechpunkt	
Zuständige Stelle	
Formulare	
Ursprungsportal	Schule - Genehmigung von Ersatzschulen beantragen